AZ B
3001 Bern
Adressänderungen an
Fach 369, 3000 Bern 14

Nr. 2/2017
22. Mai 2017

Pro Militia

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR EINE VERFASSUNGSMÄSSIGE UND GLAUBWÜRDIGE SCHWEIZER MILIZARMEE
PUBLICATION INDÉPENDANTE DÉFENDANT UNE ARMÉE DE MILICE CRÉDIBLE ET FIDÈLE À LA CONSTITUTION
PERIODICO INDIPENDENTE PER UN ESERCITO SVIZZERO DI MILIZIA CREDIBILE E CONFORME ALLA COSTITUZIONE

Aufruf zum Neu-Aufbau einer glaubwürdigen Milizarmee!

Simon Küchler

Die jüngste Armeereform, die so genannte «Weiterentwicklung der Armee» (WEA), wird zurzeit umgesetzt. Bereits auf mittlere Frist wird diese WEA-Armee aber erneut reformiert werden müssen. Mit der WEA-Schrumpfarmee kann der verfassungsmässige Auftrag der Armee nicht umgesetzt werden: Die Lücken gegenüber dem Verfassungsauftrag sind offensichtlich und viel zu gross. Mit der WEA kann allerdings die Talsohle der verantwortungslosen Abbauhysterie der letzten 25 Jahre durchschritten werden, um danach endlich wieder eine glaubwürdige Armee aufzubauen. Eine Strategie dazu muss jetzt entwickelt werden! Pro Militia hat einen Strategie-Vorschlag ausgearbeitet und ermahnt Bundespolitik, VBS sowie militärische Verbände eindringlich, sich damit auseinanderzusetzen. (Red.)

Die Armee XXI war eine höchst mangelhafte Reform. Das Ausbildungssystem war nicht milizkonform. Die Miliz-Kader wurden mit dem Schlagwort «professionelle Ausbildung» von der Grundausbildung in den Schulen ausgeschlossen, mussten aber in den Wiederholungskursen (WK) ohne entsprechende Vorbereitung doch wieder ausbilden. Mit der unnötigen Abschaffung der Regimenter verlor die Miliz ihre Obersten, wichtige Bindeglieder zu Wirtschaft und Politik. Zugleich nahmen die Milizkader in den WKVerbänden stetig ab. Dies obwohl zwei juristische Gutachten (Prof. Schindler und Schweizer) unabhängig voneinander zum Schluss kamen, dass eine Milizarmee, die nicht bis in die höchsten Ränge von Milizkadern geführt werde, die Verfassung verletzen würde.

Simon Küchler

Mit der Abschaffung der Grossen Verbände (Divisionen und Armeekorps) verlor die Truppe schliesslich ihre Interessenvertreter gegenüber der Verwaltung in Bern. Die so genannte «professionelle Führung ab Bern» hat sich als Fehler erwiesen. Truppennahe Führung erfolgt nicht vom Bürotisch aus, sondern «von vorne». Eine weitere Fehlentwicklung war die Abschaffung des fest zugeteilten Korpsmaterials für die einzelnen Verbände und dessen Zentralisierung. Ergebnis: Zunehmende Vergammelung des Materials. Es liessen sich eine Vielzahl weiterer Fehlentwicklung nennen, so unter anderem die Abschaffung des Mobilmachungssystems.

Naive militärische Verbände

Diese Mängel werden heute zugegeben und zum Teil wieder korrigiert. Warum hat man sie damals nicht einsehen wollen? Die Reform «Armee XXI» konnte durchgesetzt werden, weil es dem VBS gelungen war, wichtige Exponenten der militärischen Verbände einzuseifen und für die Reformen einzuspannen. Gegner und Kritiker – der Schreibende gehörte auch dazu – wurden als «kalte Krieger» und «Ewig-Gestrige» diffamiert. Selbst das Volk liess sich in die Irre führen und stimmte am 18. Mai 2003 in einer Volksabstimmung dem Militärgesetz, und damit der Armee XXI zu. Leider akzeptierten die militärischen Verbände auch den so genannten «Entwicklungsschritt 08/11». Nur eine grosse Partei opponierte damals gegen diesen weiteren Armeeabbau. Im Zuge der «Friedenseuphorie» wurde die Verteidigungsbereitschaft der Armee damit in flagranter Verletzung der durch die Bundesverfassung festgesetzten Vorgaben nochmals stark reduziert.

Gesetzeswidriger Zivildienst

Zu einem wahren Pferdefuss hat sich der Zivildienst entwickelt. Nach Abschaffung der Gewissensprüfung besteht heute de facto freie Wahl, was einer klaren Verletzung des Zivildienstgesetzes gleichkommt. Ein Vorstoss von Pro Militia-Mitglied und a. Nationalrat Edy Engelberger (FDP/NW), diesen unhaltbaren Zustand wieder abzuschaffen, hatte leider keinen Erfolg. Engelberger hatte verlangt, dass ein Zugang zum Zivildienst nur vor der Rekrutenschule erfolgen könne. Leider reagierten die militärischen Verbände auch hier nicht.

Die jüngste Armeereform, die WEA, beruht auf dem Sicherheitspolitischen Bericht 2010. Damit ist die Grundlage dieser Armeekonzeption von der sicherheitspolitischen Lageentwicklung der letzten Jahre längst überholt worden. Die Bedrohungslage hat sich seit 2010 nicht nur global, sondern insbesondere auch in Europa dramatisch verschärft; unsere Armee wird jedoch aufgrund einer längst überholten Lagebeurteilung fröhlich weiter verkleinert. Von einer Weiterentwicklung der Armee kann deshalb bei redlicher Betrachtungsweise kaum die Rede sein. Es stellt sich die Frage, ob man die WEA guten Gewissens unterstützen soll?

Desaströser Zustand der Armee

Viele ursprüngliche Kritiker der WEA befürworten heute deren Umsetzung, um einen weiteren Niedergang der Armee zu stoppen und die aktuelle Situation zu stabilisieren. Der gegenwärtige Zustand der Armee ist inakzeptabel und höchst alarmierend. Es fehlen moderne Kampfmittel für den Luftraum (Kampfflugzeuge, Bodluv). Für den Kampf am Boden fehlen unter anderem Panzer und Schützenpanzer, weitreichende Panzerabwehrwaffen oder eine moderne Artillerie mit genügender Reichweite und Wirkung. Schon heute fehlen wegen der gesetzeswidrigen Handhabung des Zivildienstes die Bestände für die Reserveverbände und zunehmend auch für den Sollbestand.

So kann es nicht weiter gehen!

Pro Militia ruft deshalb alle militärischen und sicherheitspolitischen Organisationen auf, sich gemeinsam für die Stabilisierung der Armee zu engagieren! Dabei soll die WEA als Zwischenschritt für den notwendigen Neu-Aufbau einer glaubwürdigen Milizarmee dienen. Kämpfen wir gemeinsam für eine Milizarmee, die ihre verfassungsmässigen Aufträge wieder glaubwürdig umsetzen kann!

Simon Küchler, ehemaliger Präsident von Pro Militia, war Milizoffizier bis zum Grade eines Brigadiers, darauf vier Jahre Kommandant Gebirgsdivision 9 und sieben Jahre Kommandant Gebirgsarmeekorps 3.

Inhaltsverzeichnis
Table des matières
Indice

Aufruf zum Neu-Aufbau einer glaubwürdigen Milizarmee 1
Appello per la rinascita di un esercito di milizia credibile 2
Appel à la reconstruction d'une armée de milice crédible 3
Randbemerkung Nein zum EU-Waffendiktat 4
20 Jahre Zivildienst Militärdienst oder Zivildienst? 5
Sezione della Svizzera italiana 6
Buchempfehlungen Recommendations de livres 7
Erhöhung der Verteidigungsausgaben unumgänglich 8
Impressum 8
Werden Sie Mitglied! / Devenez membre! / Diventate soci! 8

Pro Militia: Strategie zur Stabilisierung der Armee und zum Neubeginn – ein Aufruf!

Stabilisierung

Da die Armee in einem unbefriedigenden Zustand ist (unvollständige und fehlende Waffensysteme, wie Unterstützungswaffen, Kampfflugzeuge, Bodenluftverteidigung, Kampffahrzeuge usw.) muss die WEA rasch um- und durchgesetzt werden, um die Milizarmee wieder zu stabilisieren und den Sinkflug zu stoppen. Dazu sind folgende Voraussetzungen unabdingbar:

- Sicherstellung der Finanzen, mindestens CHF 5 Mia.
- Die Sicherstellung des Sollbestandes setzt einen Effektivbestand von mindestens 140'000 voraus. Dies erfordert eine Anpassung der Gesetzgebung zum Zivildienst, der heute gesetzeswidrig gehandhabt wird (ohne Gewissenskonflikt).
- Vollausrüstung aller Verbände durch Nachrüstung oder Neubeschaffung in allen Bereichen, insbesondere die Grossprojekte «Neues Kampfflugzeug», «Bodenluftverteidigung» (erste Hälfte der 2020er-Jahre) und der Ersatz der Kampffahrzeuge (zweite Hälfte der 2020er-Jahre).
- Die Finanzierung der beiden Grossprojekte «Neues Kampfflugzeug» und «Bodenluftverteidigung» ist zu gewährleisten.
- Laufende Beurteilung der Bedrohungslage.
- Die Bedürfnisse der Armee als dem wichtigsten sicherheitspolitischen Mittel zu überdenken und als Basis für einen Weiterausbau in einem Armeebericht festzulegen.

Neubeginn

1. Orientierung
Die Armee muss ihren verfassungsmässigen Auftrag erfüllen können. Selbst mit der Umsetzung der WEA ist die Auftragserfüllung gemäss Verfassung nicht garantiert. Ein Weiterausbau der Armee nach Abschluss der WEA drängt sich auf.

2. Entschluss
Es geht darum,

- in einem ersten Schritt die WEA als Basis rasch und umfassend umzusetzen;
- einen aktualisierten Sicherheitspolitischen Bericht als Grundlage für eine umfassende Sicherheit zu schaffen und diesen Bericht dauernd mit Zusatzberichten zu aktualisieren;

Zu diesem Zweck

- ist auf der Basis der Vorgaben der Verfassung und der laufend aktualisierten Bedrohungslage ein Leistungsprofil für die Verteidigung zu erstellen, das auch einem worst case gerecht wird;
- ist aufgrund der Art. 173 und 185 der BV sowie des Strategiepapiers des Bundesrates zur Terrorismusbekämpfung vom 18. September 2015 ein klares Leistungsprofil für den Beitrag der Armee zur Inneren Sicherheit zu erstellen;
- ist aufgrund dieser Leistungsprofile (Leitbilder) der Personalbedarf zu definieren;
- ist aufgrund dieser Leistungsprofile (Leitbilder) der Finanzbedarf zu definieren.

Ende des Artikels auf Seite 2

Appello per la rinascita di un esercito di milizia credibile!

Simon Küchler

La più recente riforma dell'esercito, il cosiddetto «Ulteriore sviluppo dell'esercito» (USEs), è in fase di attuazione. Già a medio termine l'esercito che ne risulterà dovrà essere oggetto di una nuova riforma. Con lo striminzito esercito dell'USEs il compito affidato dalla Costituzione federale non può essere eseguito: le lacune al riguardo sono manifeste e troppo grandi. Con l'USEs, tuttavia, sarà toccato il punto più basso dell'irresponsabile isteria riduttiva degli ultimi 25 anni e in seguito, finalmente, si potrà sviluppare di nuovo un esercito credibile. Ora però occorre sviluppare una strategia! Pro Militia ha elaborato una proposta ed esorta con insistenza gli ambienti politici federali, il DDPS e le associazioni militari a confrontarsi con tale questione. (Red.)

Esercito XXI è stata una riforma estremamente lacunosa. Il sistema d'istruzione non era conforme al principio di milizia. All'insegna di un'«istruzione professionalizzata», i quadri di milizia sono stati esclusi dall'istruzione di base nelle scuole, ma nei corsi di ripetizione (CR), senza adeguata preparazione, hanno poi dovuto nuovamente istruire la truppa. Con la soppressione (non necessaria) dei reggimenti, la componente di milizia ha perso i suoi colonnelli, importanti elementi di collegamento con l'economia e la politica. Contemporaneamente, nelle formazioni chiamate a prestare CR i quadri di milizia sono costantemente diminuiti. Ciò è accaduto anche se due perizie giuridiche (prof. Schindler e Schweizer), indipendenti l'una dall'altra, sono giunte alla conclusione che un esercito di milizia non comandato ai massimi livelli da quadri di milizia violerebbe la Costituzione.

Con la soppressione delle Grandi Unità (divisioni e corpi d'armata) la truppa ha infine perduto i rappresentanti dei suoi interessi nei confronti dell'amministrazione a Berna. La cosiddetta «istruzione professionalizzata impartita da Berna» si è rivelata un errore. Una condotta vicina alla truppa non è possibile da dietro una scrivania, ma soltanto stando «in testa» alla truppa stessa. Un'altra evoluzione errata è stata la rinuncia al materiale di corpo attribuito stabilmente alle singole formazioni e la sua centralizzazione. Il risultato: un crescente deterioramento del materiale. Sarebbe possibile menzionare tutta una serie di altre evoluzioni errate, tra le quali per esempio la soppressione del sistema di mobilitazione.

Associazioni militari ingenue

Oggi queste carenze vengono ammesse e parzialmente corrette. Perché a suo tempo non si sono volute vedere? La riforma «Esercito XXI» ha potuto essere imposta perché il DDPS è riuscito ad abbindolare importanti esponenti delle associazioni militari e ad aggregarli al carro delle riforme. Avversari e critici – chi scrive era tra questi – sono stati diffamati come «guerrafondai» e «retrivi». Il popolo stesso si è lasciato indurre in errore e il 18 maggio 2003, in votazione popolare, ha approvato la legge militare e di conseguenza anche Esercito XXI. Purtroppo le associazioni militari hanno accettato anche la cosiddetta «Fase di sviluppo 08/11». A quel tempo, solo un grande partito si è opposto a questo ulteriore ridimensionamento dell'esercito. Sull'onda dell'«euforia pacifista», la prontezza alla difesa dell'esercito è stata di conseguenza ancor più fortemente ridotta, in flagrante violazione delle direttive della Costituzione federale.

Un servizio civile che viola la legge

Il servizio civile si è sviluppato fino a diventare un vero problema. Dopo la soppressione dell'esame dei motivi di coscienza, de facto oggi vi è libertà di scelta, ciò che equivale a una chiara violazione della legge sul servizio civile. Un intervento parlamentare del socio di Pro Militia ed ex consigliere nazionale Edy Engelberger (PLR/NW), finalizzato a eliminare questa situazione insostenibile, non ha purtroppo avuto successo. Engelberger aveva chiesto che l'accesso al servizio civile potesse avvenire soltanto prima della scuola reclute. Anche in questo caso le associazioni militari purtroppo non hanno reagito.

La più recente riforma dell'esercito, l'USEs, si fonda sul Rapporto sulla politica di sicurezza 2010. La base dell'USEs è quindi ampiamente superata dall'evoluzione degli ultimi anni della situazione in materia di politica di sicurezza. Dal 2010 la situazione di minaccia non si è drammaticamente aggravata soltanto a livello globale, ma anche in Europa; tuttavia, sulla base di una valutazione della situazione totalmente obsoleta, il nostro esercito continua allegramente a essere ridotto. In tutta onestà, non si può perciò parlare di un ulteriore sviluppo dell'esercito. Si pone la domanda se, con buona coscienza, si debba sostenere l'USEs.

Stato disastroso dell'esercito

Molti iniziali critici dell'USEs oggi ne sostengono l'attuazione, per fermare un'ulteriore degrado dell'esercito e stabilizzare la situazione. Lo stato attuale dell'esercito è inaccettabile e altamente allarmante. Mancano mezzi di combattimento moderni per la difesa aerea (aerei da combattimento, difesa terraaria). Per il combattimento al suolo mancano tra l'altro carri armati, veicoli da combattimento della fanteria, armi anticarro a lunga gittata, un'artiglieria moderna con una gittata e un'efficacia sufficienti. Già oggi, a causa dell'applicazione illegale del servizio civile, manca personale per alimentare gli effettivi delle formazioni di riserva e anche, in misura sempre maggiore, per coprire l'effettivo regolamentare.

Così non si può andare avanti!

Pro Militia esorta dunque tutte le organizzazioni militari e di politica di sicurezza a impegnarsi insieme per la stabilizzazione dell'esercito. In tale contesto, l'USEs deve servire da fase intermedia per la necessaria rinascita di un esercito di milizia credibile. Combattiamo insieme a favore di un esercito di milizia che possa nuovamente adempiere in maniera credibile i compiti che gli sono affidati dalla Costituzione federale!

Simon Küchler è stato ufficiale di milizia fino al grado di brigadiere, successivamente è stato per 4 anni comandante della divisione di montagna 9 e per 7 anni comandante del corpo d'armata di montagna 3. Nella sua funzione di milizia è stato per 10 anni rappresentante della Società Svizzera degli Ufficiali in seno al Consiglio di difesa.

Ende des Artikels von Seite 1

3. Besondere Massnahmen

- Beim Erstellen dieser Grundlagen sind die sicherheitspolitischen Kommissionen schrittweise zu informieren und in den Entscheidungsprozess mit einzubeziehen.
- Sollten Finanzen und Bestände nicht dem ausgewiesenen Bedarf entsprechen, ist dem Parlament eine «Reduktionsplanung der Sicherheit» vorzulegen, die klar aufzeigt, welche reduzierten Leistungen die Armee noch erbringen kann.
- Die Führungsstruktur ist auf den Kampf der verbundenen Waffen auszurichten durch eine klare Trennung von Führung und Verwaltung. (Verzicht auf «Führung ab Bern»). Dabei ist im Führungsbereich der Milizanteil auszubauen.
- Ein Schulterschluss aller militärischen Verbände ist anzustreben zur Durchsetzung dieser Zielsetzungen.
- Die Bevölkerung, vor allem aber die Jugend, sind im Bereich «Sicherheit» vermehrt zu sensibilisieren (Schulen, Medien).
- Die Armee muss vermehrt in der Öffentlichkeit auftreten (Besuchstage in Schulen und Kursen, Wehrvorführungen, usw.).
- Der Kontakt zu den Parteien und Politikern ist durch die militärischen Verbände systematisch anzustreben.

Verabschiedete Fassung vom 20.02.2017

Pro Militia: Strategia per la stabilizzazione dell'esercito e per il nuovo inizio!

Stabilizzazione

Poiché l'esercito è in uno stato insoddisfacente (sistemi d'arma incompleti o mancanti, ad es. armi d'appoggio, aerei da combattimento, difesa terraaria ecc.), l'USEs deve essere rapidamente concretizzato e imposto per stabilizzare nuovamente l'esercito di milizia e arrestare la caduta. Al riguardo sono indispensabili le premesse seguenti:

- garantire le risorse finanziarie (almeno 5 miliardi di franchi);
- la garanzia dell'effettivo regolamentare presuppone un effettivo reale di almeno 140'000 militari. Questo richiede un adeguamento della legislazione sul servizio civile, il quale oggi è applicato in maniera contraria alla legge (assenza del conflitto di coscienza);
- equipaggiare completamente tutte le formazioni mediante ammodernamenti o nuovi acquisti in tutti i settori, in particolare per i grandi progetti «Nuovo aereo da combattimento», «Difesa terraaria» (prima metà degli anni 2020) e sostituzione degli aerei da combattimento (seconda metà degli anni 2020);
- garantire il finanziamento dei due grandi progetti «Nuovo aereo da combattimento» e «Difesa terraaria»;
- valutare in permanenza la situazione di minaccia.

Nuovo inizio

1. Premessa

L'esercito deve poter essere in grado di adempiere il suo compito costituzionale. Anche con l'attuazione dell'USEs l'adempimento del compito assegnato dalla Costituzione federale non è garantito. Dopo la conclusione dell'USEs si impone un ulteriore rafforzamento dell'esercito.

2. Decisione

Si tratta

- in una prima fase, di concretizzare rapidamente e completamente l'USEs quale base;
- di redigere un rapporto attualizzato sulla politica di sicurezza quale documento fondamentale per una sicurezza globale e di aggiornarlo costantemente mediante rapporti complementari;
- o di ripensare le esigenze dell'esercito in quanto strumento essenziale della politica di sicurezza e di definire tali esigenze in un rapporto sull'esercito quale base per un ulteriore rafforzamento.

Per tale scopo

- sulla base delle direttive della Costituzione federale e di un quadro della situazione di minaccia costantemente aggiornato, occorre allestire un profilo delle prestazioni della difesa che tenga conto anche del peggiore dei casi;
- con riferimento agli articoli 173 e 185 della Costituzione federale nonché alla strategia del Consiglio federale del 18 settembre 2015 per la lotta al terrorismo, occorre allestire un chiaro profilo delle prestazioni per quanto riguarda il contributo dell'esercito alla sicurezza interna;
- sulla base di tali profili delle prestazioni, occorre definire il corrispondente fabbisogno di personale;
- sulla base di tali profili delle prestazioni, occorre definire il corrispondente fabbisogno finanziario.

3. Misure particolari

- In occasione dell'allestimento di questi documenti fondamentali le Commissioni della politica di sicurezza delle Camere federali devono essere sistematicamente informate e integrate nel processo decisionale.
- Nel caso in cui le risorse finanziarie e gli effettivi non dovessero corrispondere al fabbisogno documentato, occorre presentare al Parlamento un «Piano di riduzione della sicurezza» che indichi con chiarezza quali prestazioni ridotte l'esercito è ancora in grado di fornire.
- La struttura di condotta deve essere orientata al combattimento interami mediante una netta separazione tra condotta e amministrazione. (Rinuncia alla «condotta da Berna»). In tale contesto, nell'ambito della condotta occorre ampliare la componente di milizia.
- Per imporre questi obiettivi occorre mirare al sostegno da parte di tutte le associazioni militari.
- La popolazione, soprattutto la gioventù, deve essere maggiormente sensibilizzata in merito al tema della «sicurezza» (scuole, media).
- L'esercito deve essere più presente a livello pubblico (giornate di visita a scuole e corsi, dimostrazioni militari ecc.).
- Occorre che le associazioni militari curino sistematicamente i contatti con i partiti e i politici.

Versione approvata del 20.02.2017.

Visita alla truppa 2017 di Pro Militia completo.

Stimati soci di Pro Militia. La visita della fortezza di Sasso San Gottardo del mercoledì 28 giugno ha suscitato l'interesse di tanti soci. Pur troppo, non ci sono più posti liberi.

www.promilitia.ch

Visitate il nuovo sito internet!

Appel à la reconstruction d'une armée de milice crédible !

Simon Küchler

La plus récente réforme de l'armée, celle qui porte le nom de «Développement de l'armée» (DEVA), est actuellement en voie de réalisation. Mais déjà, à moyen terme, l'armée estampillée DEVA devra nécessairement être à nouveau réformée. Cette armée qui s'étiole chaque jour sous nos yeux n'est pas en état de répondre à sa tâche. Son inaptitude à remplir la mission constitutionnelle qui est la sienne est évidente. Le DEVA est en lui-même une étape permettant de mettre un terme à l'hystérie de démantèlement qui a régné ces 25 dernières années tout en oeuvrant à la reconstruction d'une armée crédible. Une stratégie y répondant doit être mise en place sans délais ! Pro Militia propose une solution élaborée et demande aux autorités politiques fédérales, au Département de la Défense (DDPS) ainsi qu'aux associations militaires d'agir dans ce sens. (Rédaction)

L'Armée XXI était une réforme largement déficitaire. Le système d'instruction ne respectait pas les principes d'une armée de milice. Ainsi, les cadres de milice ont été sciemment écartés de l'instruction de base au nom d'une prétendue «professionnalisation de l'instruction». Les mêmes cadres se retrouvaient dans les cours de répétition, mal préparés et démunis, responsables de l'instruction. L'inutile suppression des régiments fit perdre à la milice ses colonels, courroies de liaison importantes vis-à-vis de l'économie et de la politique.

Les cadres de milice étaient toujours moins nombreux dans les formations en cours de répétition alors que deux expertises juridiques indépendantes l'une de l'autre, celles des Professeurs Schindler et Schweizer, arrivaient à la conclusion qu'une armée de milice respectueuse de la Constitution se devait d'être également conduite par des cadres issus de la milice. Finalement, la suppression des grandes unités d'armée (divisions et corps d'armée) fit perdre à la troupe la légitime défense de ses intérêts face à l'administration fédérale à Berne.

L'ainsi nommée «conduite professionnelle à partir de Berne» s'est révélée être un fiasco, tant est que la conduite de la troupe ne se pratique pas à partir d'un bureau mais «au front». Une autre erreur a été la suppression de l'attribution du matériel de corps à chacune des différentes formations et sa décentralisation. Résultat : mauvaise gestion toujours plus grande du matériel. Bien d'autres erreurs pourraient être soulignées, telle que la suppression du système de mobilisation.

La naïveté triomphante

Ces défauts sont aujourd'hui admis et en voie d'être partiellement écartés. Mais pourquoi n'ont ils pas été repérés à l'époque ? La réforme Armée XXI n'a pu être imposée par le DDPS qu'en «brossant dans le sens du poil» les responsables des grandes formations militaires tout en les gagnant à l'esprit de réforme. Les opposants ou simplement les esprits critiques ont été alors largement diffamés, rejetés et traités de «nostalgiques de la guerre froide» ou d'éternels conservateurs. L'auteur de ces lignes en faisait partie. Le peuple lui-même a été roulé dans la farine en approuvant le 18 mai 2003 par une votation populaire la Loi sur l'armée et donc l'Armée XXI.
Fort malheureusement, les responsables militaires acceptèrent également une réforme intermédiaire appelée «étape de développement 08/11». Seul un grand parti politique s'opposa à l'époque à ce nouveau pas vers un affaiblissement de l'armée. L'euphorie de la paix avait ainsi conduit à une nouvelle réduction de la capacité de défense de l'armée en parfaite contradiction avec la volonté inscrite dans la Constitution fédérale.

Un service civil contraire à la loi

Le service civil s'est développé de façon abusive voire sournoise. La suppression de l'examen de conscience a conduit de facto à un libre choix en parfaite contradiction avec la loi sur le service civil.
L'intervention d'un membre de Pro Militia, l'ancien conseiller national Edy Engelberger (PLR/NW), visant à corriger cette évolution n'a pas obtenu de réponse satisfaisante. Engelberger avait demandé que le passage au service civil ne puisse être accordé qu'avant l'Ecole de recrue. Les associations militaires n'ont à nouveau et fort malheureusement pas jugé utile d'appuyer cette démarche.

La dernière réforme de l'armée (DEVA) s'appuie sur le Rapport sur la politique de sécurité 2010.

Le fondement de la conception de l'armée est ainsi largement dépassé par l'évolution de la situation de ces toutes dernières années.
La menace a évolué de façon dramatique, non seulement au niveau global mais plus particulièrement sur le théâtre européen ; notre armée a été simultanément constamment miniaturisée sur la base d'une appréciation de la situation caduque. Il est donc assez saugrenu de parler d'un «développement de l'armée» alors que dans les faits celle-ci est réduite. La question se pose de savoir si l'on peut soutenir en toute bonne conscience la réforme en cours (DEVA).

L'état désastreux de l'armée

Bien des esprits critiques de la réforme DEVA appuient aujourd'hui sa réalisation dans l'objectif de stopper l'effondrement de l'armée et stabiliser la situation actuelle.

L'état actuel de l'armée est non seulement alarmant, il est tout simplement inacceptable. Des moyens de défense modernes face à la menace aérienne manquent cruellement (avions de combat, défense solair). Il manque entre autres pour le combat au sol des chars de combat et des véhicules de combat d'infanterie, des armes antichars à longue distance et une artillerie moderne disposant d'armes efficaces à portée suffisante.
Les effectifs, sous l'effet de la pratique abusive et contraire à la loi sur le service civil, sont aujourd'hui insuffisants pour les formations de réserve et c'est de plus en plus le cas pour l'effectif réglementaire global.

On ne peut continuer comme ça !

Pro Militia en appelle à toutes les associations militaires et autres organisations préoccupées de politique de sécurité de s'engager ensemble pour la stabilisation de l'armée !
Le DEVA ne peut être qu'une étape intermédiaire vers la reconstruction d'une armée de milice crédible. Engageonsnous ensemble pour une armée de milice à nouveau en mesure de remplir avec efficacité sa mission et les tâches constitutionnelles qui sont les siennes !

Simon Küchler, ancien président de Pro Militia, était officier de milice jusqu'au grade de brigadier. Il commanda par la suite 4 ans la Division de montagne 9 et 7 ans le Corps d'armée de montagne 3.

Visite à la troupe 2017 de Pro Militia complète

Avis important pour tous les membres et amis de Pro Militia : Toutes les places à dispositions ont déjà été attribuées !

Pro Militia : Stratégie pour stabiliser l'armée et lui permettre un nouveau départ !

Stabilisation

La situation de l'armée étant dans l'état insatisfaisant que nous savons (systèmes d'armes insuffisants et manquants, plus concrètement les armes d'appui, les avions de combat, la défense solair, les engins blindés de défense, etc.), le Développement de l'armée (DEVA) doit être mis en place rapidement afin de stabiliser l'armée de milice et stopper le naufrage. Les conditions préalables incontournables pour y parvenir sont les suivantes :

- Garantir un financement à hauteur minimale de 5 milliards de francs :
- Garantir un effectif de 140 000 militaires par l'adaptation de la loi sur le service civil appliquée aujourd'hui dans un sens contraire à la Constitution (sans conflit de conscience).
- Equipement complet de toutes les formations par le réarmement ou de nouvelles acquisitions dans tous les domaines, en particulier les grands projets, «nouvel avion de combat», «défense solair» (première moitié des années 2020) et le remplacement des véhicules de combat (deuxième partie des années 2020) :
- Le financement des deux grands projets «nouvel avion de combat» et «défense solair» doit être assuré.
- Appréciation constante de l'évolution de la menace.

Vers un nouveau départ

1. Orientation
L'armée doit être en état de remplir sa mission inscrite dans la Constitution fédérale. La réalisation du DEVA seule ne permettra qu'imparfaitement d'y être fidèle. Un renforcement de l'armée s'imposera une fois la réforme mise en place.

2. Décision
Il s'agit

- De réaliser rapidement et complètement dans un premier temps le DEVA :
- De formuler un Rapport sur la politique de sécurité actualisé servant de base pour la sécurité dans son ensemble puis de le mettre à jour au fur et à mesure de l'évolution par des rapports complémentaires.
- Adapter continuellement par l'entremise d'un Rapport sur l'armée les besoins de celle-ci, outil principal de notre politique de sécurité et base de son développement.

A cet effet il faut :

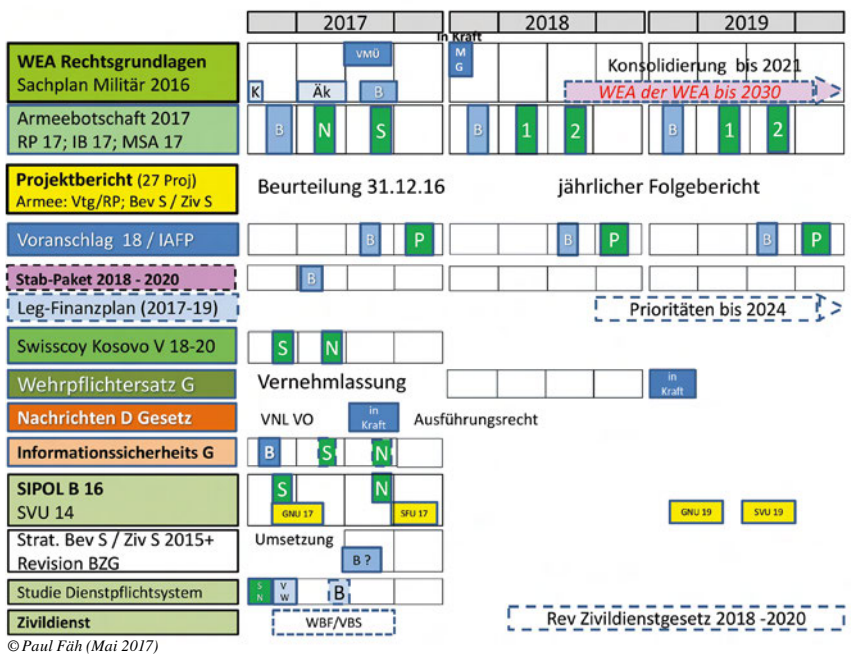
- Définir un profil des prestations pour le cas défense fidèle à la Constitution et adapté à l'évolution de la menace et au permettant de faire face au cas le plus dangereux (worstcase) :
- Etablir un profil clair des prestations de l'armée dans le cadre de la sécurité intérieure. Il se fondera sur les articles 173 et 185 de la Constitution ainsi que sur la stratégie du Conseil fédéral pour lutter contre le terrorisme :
- Fixer les besoins en personnel établis sur la base des profils de prestations définis :
- Déterminer les moyens financiers nécessaires la base des profils de prestations définis :

3. Mesures particulières :

- Les commissions de politique de sécurité devront être informées au fur et à mesure de l'établissement des bases de réflexion et impliquées dans le processus de décision.
- Il serait nécessaire, pour le cas où les finances et les effectifs mis à disposition ne devaient correspondre aux besoins définis, de présenter au Parlement une «planification de réduction de la sécurité» indiquant de façon claire quelles prestations l'armée est-t-elle ou pas re en mesure de fournir.
- La structure de conduite doit être définie en fonction de la défense combinée et donc distinguer clairement la conduite proprement dite de l'administration. Il faut renoncer à la «conduite depuis Berne». Dans cette perspective, la proportion des cadres de milice doit être renforcée au niveau de la conduite.
- Les associations de milice doivent être appelées à «se serrer les coudes» pour faire passer ces objectifs.
- La population et en particulier la jeunesse doivent être davantage sensibilisées à la problématique sécuritaire (écoles, médias).
- L'armée doit être davantage présente dans l'espace public et la population (visite d'écoles et de cours, présentation de troupes et moyens, etc.).
- Le contact avec les partis et responsables politiques doit être plus systématiquement entretenu par les associations de milice.

Version du 20.02.2017.

Sicherheitspolitische Agenda



© Paul Fäh (Mai 2017)

Adieu zu Schengen/Dublin

Die Europäische Union will mit der Verschärfung des Waffengesetz Terrorismus verhindern – und entwaffnet stattdessen die Bürger. Dafür werden trickreich Statistiken umgebogen.

Die Europäische Union hat erwartungsgemäss dem Entwurf mit dem schauerlichen Titel «Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 91/477/EWG über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen» zugestimmt und diesen ohne Abstriche übernommen. Dabei geht es um eine massive Verschärfung des Waffenrechts, welche de facto die Entwaffnung der Bürger bedeutet.

Für die Schweiz wird explizit festgehalten, dass es sich bei dieser neuen Richtlinie um eine Weiterentwicklung der Bestimmungen des Schengen-Besitzesstandes handelt. Im Schengen/Dublin-Assoziierungsabkommen kann im Kleingedruckten nachgelesen werden, wonach das Regelwerk laufend weiterentwickelt und an neue Gegebenheiten angepasst wird. Die Schweiz muss somit alle Weiterentwicklungen übernehmen und diese in nationales Recht umsetzen.

Im Vordergrund dieser Verschärfung steht die Bekämpfung terroristischer Anschläge und so äusserte sich EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker dahingehend, wonach mit den neuen Bestimmungen verhindert werden könne, dass Waffen in die Hände von Terroristen fallen. In der Zwischenzeit hat es auch dem hinterletzten EU-Schwärmer gedämmert, dass zur Verhinderung von Terroranschlägen nicht Schusswaffen, sondern Lastwagen und Küchenmesser zu verbieten wären, weshalb die Verbotsgründe schon mal prophylaktisch ausgeweitet werden.
Trickreich steht auf einmal nicht mehr nur der Terrorismus im Vordergrund, sondern in Brüssel wird plötzlich über den Waffengebrauch bei häuslicher Gewalt und bei Suiziden argumentiert. Dass darüber rein gar nichts in der neuen Waffenregelung steht, interessiert die EU-Parlamentarier in keiner Weise. Hauptsache die Entwaffnung der Bevölkerung schreitet europaweit zügig voran.

Um dieses Ziel zu erreichen, schreckt das EJPD von SP-Bundesrätin Sommaruga auch nicht davor zurück, die steigenden Suizidzahlen falsch zu interpretieren. So sind für den Anstieg nicht Schusswaffen, sondern die assistierten Suizide im Rahmen der Sterbehilfe verantwortlich. Nur eine einzige statistische Zahl wäre wirklich von Interesse, und zwar jene, die aufzeigt, bei wie vielen Terroranschlägen im gesamten Schengen-Raum Schweizer Ordonnanzwaffen verwendet wurden. Und diese statistische Grösse, die wohl gegen null tendiert, wäre die alleinige Grundlage für Verhandlungen mit Brüssel.

Zeichen von panischem Aktionismus

Dass die EJPD-Vorsteherin Sommaruga plötzlich die Suizidprävention aus dem Hut zaubert, ist wohl eher ein Zeichen von panischem Aktionismus und weniger das Resultat einer klaren Analyse. Dem Souverän wäre auch zu erklären, weshalb die Suizidrate sinken sollte, falls beim Schweizer Sturmgewehr die Magazingrösse von 20 auf 10 Schuss Munition verringert würde.
Es gibt aber noch Hoffnung. Im Schengen/Dublin-Assoziierungsabkommen wird nämlich Folgendes festgehalten: «Lehnt die Schweiz die Übernahme einer Schengen/Dublin-Weiterentwicklung ab, suchen die Vertragsparteien gemeinsam nach einer angemessenen Lösung für die Weiterführung der Zusammenarbeit. Sollte es keine Einigung geben, kommt es zu einer Beendigung der Schengen/Dublin-Zusammenarbeit als Ganzes.»
Es hat in der Tat etwas Beruhigendes, dass mit dem Festhalten an einer bewährten Schweizer Tradition Schengen/Dublin versenkt werden kann. Den Schützen sei Dank!

Autor: Markus Melzl, ehemaliger Kriminalkommissär und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt.
Der Artikel erschien am 05.05.2017 in der Basler Zeitung. Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Basler Zeitung.

Randbemerkung

Die VBS-Führungsstruktur ist untauglich

Bis zur Armee XXI hat die Kommission für militärische Landesverteidigung, bestehend aus den Korpskommandanten und dem Rüstungschefs unter Führung des Chefs VBS die politischen und militärischen Vorgaben für die Armee dem Bundesrat vorgeschlagen.

Heute ist zuoberst die politische Führungsstufe, ein eigentlicher Gemischtwarenladen. Die Armee ist dabei vertreten durch den Chef der Armee (CdA) – damit gleichgestellt dem Sport und dem Bevölkerungsschutz. Schlimmer noch: Botschafter Catrina, ein Nato-Freund ersten Ranges, vertritt in diesem Gremium die Sicherheitspolitik. Man kann nur immer wieder den Leitspruch von Catrina wiederholen: «Wenn die Schweiz nicht in die Nato will, hole ich die Nato in die Schweiz».

Auf die politische Führungsebene folgt die so genannte militärstrategische Stufe unter Führung des CdA. Für den Einsatz der Armee ist dann als dritte Führungsebene der operative Stab zuständig. Fazit: Mit der «milizfeindlichen Führung» ab Bern, die sich selbst als «professionell» bezeichnet, ist die militärische Führung von der Verwaltung nicht mehr zu unterscheiden. Beide Ebenen sind gegenseitig durchsetzt.

Die Zuständigkeiten sind undurchsichtig und – es sei nochmals klipp und klar festgehalten: absolut milizfern und bürokratisch.

Noch nie war die Armee in einem so desolaten Zustand wie nach zehn Jahren «professioneller Führung ab Bern». Warum? Mit der Abschaffung der Divisionen und der Armeekorps hat die Truppe ihre Kommandanten verloren, die früher die Interessen und Bedürfnisse der Soldaten und Kader gegenüber der Verwaltung durchgesetzt haben.
Was wäre zu tun? Bei einem Neuaufbau der Armee nach deren Konsolidierung durch Umsetzung der WEA ist neben einer verkleinerten Armeeführung in Bern die Verwaltung zu straffen. Zudem sind Führung und Verwaltung klar zu trennen. Es sind wieder Grosse Verbände zu bilden, die von der Armeeführung wohl Aufträge erhalten, diese jedoch autonom und in Eigenverantwortlichkeit ohne weitere Einmischung aus Bern ausführen.

Geschieht dies nicht, stirbt die Miliz, die sich nicht weiter von der Verwaltung gängeln lässt und die Tage unserer Armee sind gezählt.

Argus

Nein zum EU-Waffendiktat – Finger weg vom Schweizer Waffenrecht!

Pro Militia hat das für die freiheitliche Schweiz äusserst gefährliche, geplante EU-Waffendiktat bereits in der Ausgabe 4/2016 aufgegriffen. Im Folgenden druckt Pro Militia in gekürzter Fassung einen offenen Brief der Aktion «Finger weg vom Schweizer Waffenrecht!» an Bundesrat und Parlament ab. (Red.)

«Sehr geehrte Damen und Herren Bundesrätinnen und Bundesräte,
hochgeschätzte Mitglieder des National- und Ständerates

(…). Die aktuelle Revision der EU-Feuerwaffenrichtlinie, zu deren Übernahme wir als Schengenstaat angehalten sind, zielt auf die Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Aber sie trifft mit ihren unsachlichen Verschärfungen ausschliesslich uns Schützinnen und Schützen. Sie verhindert weder Gewaltverbrechen, noch Suizide. Sie hilft nicht, gefährliche Legalwaffenbesitzende zu erkennen, geschweige denn internationalen Terror einzudämmen. Hier geschieht uns ein Unrecht, gegen das wir uns wehren. Wir wollen nicht das Mittel zum Zweck der Profilierung übereifriger Politiker sein, die ihre Bürger damit blenden, sie hätten etwas zu mehr Sicherheit beigetragen. Nur weil wir in Registern verzeichnet und damit (an-)greifbar sind.

Die Schweiz lebt vom Diskurs, nicht vom Diktat.

Wer in unseren Landen das Waffenrecht verschärfen möchte, dem stehen alle Mittel der direkten Demokratie zur Verfügung. Es darf einfach nicht sein, dass die EU auf einen auch sicherheitspolitisch kritischen Bereich unserer Gesetzgebung derart Einfluss nimmt.
Es sind mit den Verschärfungen bei weitem nicht nur die Sturmgewehre 57 und 90 unserer Sportschützen und Armeeangehörigen betroffen, wie Sie vielleicht annehmen könnten und für die Sie gar vielleicht schon eine Ausnahmeregelung entworfen haben. Abertausende andere Legalwaffen und Zubehör von Freizeitschützen und Waffensammlern stehen im Fokus, für die es weder anerkannte Schiessvereine noch offizielle Schiesswettbewerbe gibt. Um den EU-Wünschen nachzukommen, fehlt uns schlicht die Infrastruktur.
Gerne erinnern wir Sie daran, dass die freiwilligen Schiessübungen, wie sie in unseren Schiessvereinen tagtäglich absolviert werden, auch im Interesse der Landesverteidigung geschehen. So steht es jedenfalls in der Verordnung über das Schiesswesen ausser Dienst – notabene unter «Landesrecht». Auch Freizeitschützen fühlen sich hier durchaus mitgemeint.

Der in letzter Zeit viel zitierte Bestandsschutz ist für uns eine Selbstverständlichkeit und nur am äussersten Rande interessant. Wir wollen, dass das Freizeit- und Sportschiessen in der Schweiz auch weiterhin spannend und abwechslungsreich bleibt und nicht durch sinnlose Einschränkungen erstickt wird. Wir verlangen, dass Waffenbesitzende und Gewerbetreibende weiterhin Rechtssicherheit geniessen (…).
Selbstverständlich lehnen wir auch jeden weiteren Wunsch nach Bedürfnisnachweisen kategorisch ab. Heute gelten als Standardbedürfnisse das Waffensammeln und der Schiesssport und das genügt vollends. In einer liberalen Gesellschaft hat niemand ein Bedürfnis gegenüber dem Staat nachzuweisen – wir sind keine Bittsteller, sondern nachweislich unbescholtene Bürgerinnen und Bürger. So wollen wir uns auch behandelt wissen.

Es kann einfach nicht sein, dass die EU von uns ein zentrales und international vernetztes Waffenregister verlangt, das auch noch medizinisch-psychologische Daten der Legalwaffenbesitzenden enthält. Es kann ebenso wenig sein, dass die EU unsere Behörden beauftragt, bei Legalwaffenbesitzenden Magazine auf ihre Kapazität hin zu kontrollieren und bei Marginalverstössen rechtschaffene Bürger zu kriminalisieren. Denn wer befiehlt, muss auch kontrollieren. Wie kann man ernsthaft den Aufbau solcher Systeme in Betracht ziehen, aber unseren Nachrichtendiensten, den Polizei-, Grenzwach- und Militärkorps – die tatsächlich täglich für unsere Sicherheit sorgen! – immer mehr Mittel entziehen? Wo bleibt bei alledem die Verhältnismässigkeit? Weder unsere Kriminal- noch die Unfallstatistik oder der Lagebericht unseres Nachrichtendienstes verlangen objektiv betrachtet nach einer Änderung im Waffengesetz – schon gar nicht nach einer derart umfangreichen. Und, mit Verlaub, das Ausland hat es erst recht nicht zu verlangen.

Wir bestehen darauf, dass gerade Anpassungen im Waffengesetz evidenzbasiert vorzunehmen sind. Die Schweiz ist ein Rechtsstaat, kein Gefühlsstaat. Es braucht handfeste Gründe, eine derart grosse Interessensgemeinschaft wie die unsrige in unseren Rechten einzuschränken. Allein der Wunsch der EU genügt nicht. Darf nicht genügen.

Wir wollen keine Schengen-Austrittsdebatte im Fahrwasser der Umsetzung der neuen EU-Feuerwaffenrichtline provozieren, auch wollen wir nicht EU-Kritiker aufscheuchen. Uns interessiert ausschliesslich der Erhalt des aktuellen Schweizer Waffengesetzes. Wird die revidierte EU-Feuerwaffenrichtlinie jedoch in unsere Gesetze übernommen, bleibt uns tatsächlich kein anderer Weg, als ein Referendum zu unterstützen. Wir sind aber der festen Überzeugung, dass es genügend Mittel und Wege gibt, die Forderungen der EU-Feuerwaffenrichtlinie komplett zurückzuweisen und damit bei allen Beteiligten viel Geld und Energie zu sparen. Beides könnte man nun wirklich in wichtigere Anliegen investieren. Wenn man denn will.»

Aktion «Finger weg vom Schweizer Waffenrecht!»
Weitere Informationen:
www.finger-weg-vom-schweizer-waffenrecht.ch

© Patrick Jauch

Truppenbesuch 2017 von Pro Militia ausgebucht

Liebe Mitglieder und Freunde von Pro Militia: Der diesjährige Truppenbesuch am Mittwoch, 28. Juni auf dem Gotthardpass erfreut sich grossen Interesses und ist bereits ausgebucht. Pro Militia kann leider keine neuen Anmeldungen mehr berücksichtigen. Wir danken Ihnen für Ihr Verständnis!

Militärdienst oder Zivildienst?

Von Peter Schneider

Der Konflikt zwischen Militär- und Zivildienst ist auf einer höheren Ebene angesiedelt: Es geht entweder um die Notwendigkeit, ein Bedürfnis der Gemeinschaft kollektiv zu erbringen – das Individuum muss dann zurücktreten –, oder um die Befriedigung des egozentrischen Wunsches des Einzelnen; das Kollektiv verblasst.

Der Zweite Weltkrieg hatte die Bevölkerung weitgehend hinter der Persönlichkeit des Generals Guisan – und damit indirekt hinter der Armee – wieder geeinigt. Die tiefen politischen und ideologischen Gräben, die sich am Ende des Ersten Weltkrieges und unmittelbar danach geöffnet hatten konnten überwunden werden, insbesondere weil die grosse Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ihre Anliegen und Interessen in der direkten Demokratie wieder wahrgenommen sahen (1929 erster Bundesrat der BGB und 1943 erster Bundesrat der SP). Die vollständige Umzingelung unseres Landes durch das nationalsozialistische Deutschland und das faschistische Italien trug natürlich das ihre dazu bei; die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft hatte einen höheren Stellenwert als individuelle Anliegen.

Bedürfnis nach Sicherheit

Während des Kalten Krieges veränderte sich die Lage nur langsam. Weite Teile der Politik und der Bevölkerung empfanden die Konfrontation zwischen West und Ost als echte Bedrohung, entsprechend hoch war das Verlangen nach Schutz; zudem verlief die Grenze West-Ost nahe an unserem Land vorbei (der kürzeste Abstand zwischen den Grenzen der Schweiz und der Tschechoslowakei betrug etwa 350 km).

Die geburtenreichen Jahrgänge und die relativ niedrigen Dienstuntauglichkeitsraten liessen die Armee auf den Planbestand von 650 000 Mann anwachsen, der aber de facto viele Jahre lang weit über 700 000 lag. Trotz Bestrafung nahm die Anzahl Dienstverweigerer langsam zu. Gegen Ende des Kalten Krieges verweigerten jedes Jahr etwa 500 dienstpflichtige Männer den Militärdienst aus Gewissensgründen, weniger als 0,1% der Diensttauglichen. Die damaligen Dienstverweigerer nahmen viel auf sich, Freiheitsstrafen mit ihren Folgen für das zivile Leben mussten verbüsst werden. Verurteilungen zu mehrmonatigem Freiheitsentzug entsprachen zweifellos auch dem Zweck, die Militärdienstpflicht durchzusetzen und Andersdenkende abzuschrecken.
Die Entkriminalisierung erfolgte am 17. Mai 1992 mit dem sehr deutlich angenommen «Bundesbeschluss über die Einführung eines Zivildienstes für Dienstverweigerer».

Wertewandel nach dem Kalten Krieg

Die Periode, die unmittelbar auf den Mauerfall (November 1989) und den daraus resultierenden Zusammenbruch von Sowjetunion und Warschauer Pakt kündigte für viele den Beginn des ewigen Friedens an. Wer schon bald danach darauf hinwies, dass die Bedrohungen und Gefahren, zwar weniger offensichtlich und diffuser, zu- und nicht abgenommen hatten, galt als

Für eine glaubwürdige Strategie der Kriegsverhinderung oder Dissuasion fehlen nun die personellen Ressourcen endgültig.

«Ewig-Gestriger» und «Kalter Krieger». Der scheinbare Friede begünstigte den beschleunigten Wertewandel, Pflichtwerte schwanden zugunsten von Werten der hedonistisch-materialistischen und der idealistischen Selbstentfaltung. Für zahlreiche Mitmenschen ist «Miliz»[i] zum Fremdwort geworden, davon sind nicht nur die Armee, sondern zahlreiche andere Institutionen betroffen. So wird es zum Beispiel immer schwieriger, geeignete Kandidaten für politische Ämter auf Stufe Gemeinde zu gewinnen; wo nötig bezahlt man lieber.

Nach der Einführung des Zivildienstes und bis etwa 2008 nahm der Anteil der Zivildienstleistenden auf etwa 6% der Diensttauglichen zu. Man kann sich vorstellen, dass in dieser Periode der scheinbaren Entspannung der Entscheid zum Zivildienst einfacher gefällt werden konnte und weniger Druck von Seiten der Gesellschaft erzeugte. Gehen wir mal davon aus, dass diese 6% sich auf wirkliche Gewissensgründe berufen.

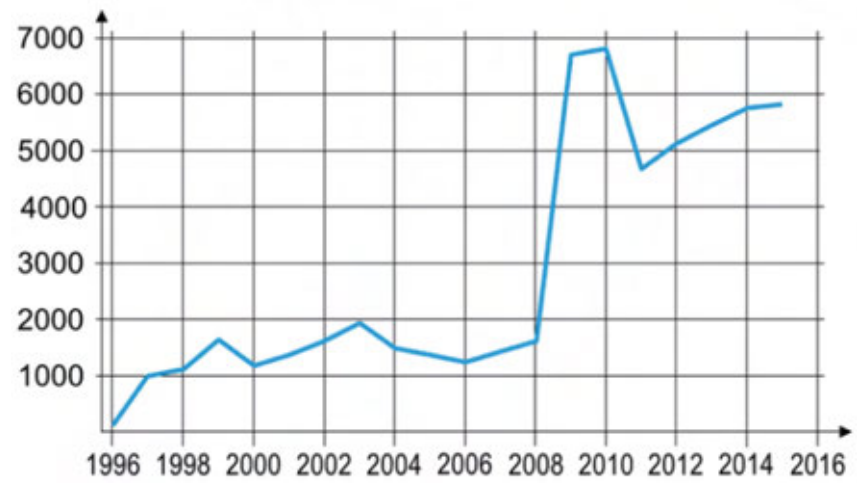
Ab 2009 fanden keine Gewissensprüfungen mehr statt; der Anteil Zivildienstleistende stieg in diesem Jahr auf etwa 28%, im Jahr danach gar auf etwa 28,5% der Diensttauglichen an. Kein Wertewandel spielt sich in einer Gesellschaft in diesem Tempo ab. Die Vermutung liegt nahe, dass viele Diensttaugliche auf diesem Weg dem mühsameren und anspruchsvolleren Militärdienst ausweichen. Der Armee – und schlussendlich der Sicherheit der Gesellschaft – entgehen so jedes Jahr mehrere Tausend Soldaten, ein Anteil von ihnen wäre voraussichtlich zukünftige Kader.

Gesellschaftliche und individuelle Bedürfnisse im Widerspruch

In der normalen Lage stellen Aus- und Weiterbildung die Hauptaufgaben der Armee dar; bis zu diesem Punkt sind Zivildienstleistende und Soldaten vergleichbar: beide arbeiten in einem geplanten Rahmen und leisten ihren Dienst in einem ordentlichen Tagesablauf. Im Rahmen ihrer Schulen und Kurse leistet die Armee «nebenbei» zahlreiche spontane oder angeordnete Hilfs- und Unterstützungsaufgaben, die strukturierte und geführte Formationen sowie Material erfordern; hier endet die Parallelität bereits. Dass sie dann auch den Schutz von wichtigen Objekten (Flughäfen, Botschaften), die Unterstützung von Ordnungskräften (zum Beispiel in Genf anlässlich des G8-Gipfels in Evian), die Sicherung des WEF in Davos dank ihrem Können, ihrer Ausrüstung und ihrer Führungsfähigkeiten wahrnehmen kann, ist selbstverständlich und im Interesse der gesamten Gesellschaft.

Sie leistet dabei rund um die Uhr einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit. Diese und unsere politische Stabilität haben auch zahlreiche ausländische Firmen dazu bewogen, sich in der Schweiz niederzulassen; sie leisten einen massgeblichen Anteil an unsere florierende Wirtschaft. Die Armee benötigt aber dazu einen minimalen kritischen Bestand, damit sich permanent genügend geeignete Verbände im Truppendienst befinden. Der Zivildienstleistende erbringt zu solchen Einsätzen keinen Beitrag, es betrifft ihn auch nicht, wenn Wiederholungskurse über Festtage oder Ferienperioden verlängert werden müssen um kritischen Situationen begegnen zu können.

Der Zivildienstleistende absolviert seine Diensttage und ist danach dienstfrei. Das gewonnene Können und Wissen nützt nur ihm, für die Armee ist es verloren. Der Angehörige der Armee leistet mindestens sechs Wiederholungskurse, seine Ausbildung kommt immer wieder zum Tragen, Weiterbildung lohnt sich und ist effizient.



Anzahl Zulassungen zum Zivildienst pro Jahr (Daten: Vollzugsstelle für den Zivildienst)

In der besonderen Lage leistet der Zivildienstleistende kaum Beiträge, die Armee ist nun stark gefordert; sie leidet spätestens jetzt unter Bestandeslücken, nicht zuletzt weil jedes Jahr 5 000 und mehr Zivildienstleistende fehlen.
Sollte eine ausserordentliche Lage, und damit der Verteidigungsfall (gegen jede denkbare Art von Gegner) eintreten, spitzt sich die Situation noch mehr zu. Für eine glaubwürdige Strategie der Kriegsverhinderung oder Dissuasion fehlen nun die personellen Ressourcen endgültig. Zu glauben, dass auch die Bedrohungen fehlen, wäre naiv. Einen Tag lang Zeitungen zu lesen genügt!

Fazit

Armeen lösen die Probleme der Welt nicht, das weiss jeder in unserem Land, insbesondere alle diejenigen, die ihren Militärdienst leisten. Das war aber im modernen Bundesstaat auch nie eine Option, unsere Milizarmee war und ist keine Projektionsarmee, das kann sie im Milizsystem gar nicht sein. Es geht für sie also ausschliesslich um den Schutz – und notfalls die Verteidigung – von Land und Leuten[ii]. Sie ist in dem Sinn kein Werkzeug zur Durchsetzung von politischen Zielen. Sie lässt sich deshalb in keiner Weise mit anderen Streitkräften vergleichen, bei denen es darum geht – oder gehen kann – in einem anderen Land Krieg zu führen, wohl im Interesse des Heimatstaates aber nicht zu seinem unmittelbaren Schutz. Diese vollkommen unterschiedlichen Auffassungen und Aufträge stellen unsere Armee in ein ganz anderes Licht, das in meinem Urteil die Gewissensnot ganz beträchtlich relativiert.

Peter Schneider ist Vizepräsident von Pro Militia.
Der Artikel wurde in der Festschrift «20 Jahre Zivildienst», herausgegeben von der Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI im April 2017 publiziert. Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Vollzugsstelle für den Zivildienst ZIVI.

[i] Miliz ganz allgemein verstanden als Aufgaben und Verpflichtungen ausserhalb des eigenen Arbeitsfeldes, die man im Interesse der Allgemeinheit wahrnimmt, in der Regel ohne Entlohnung.

[ii] BV, Art 58, Abs. 2: Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung. Sie unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen.

Gesetzeswidriger Zivildienst

Das Schweizer Volk stimmte 1992 der Einführung eines Zivildienstes für Dienstverweigerer zu, weil es die damals wenigen Dienstverweigerer zu Recht entkriminalisieren wollte.

In den vergangenen 25 Jahren hat sich der Zivildienst unter tatkräftiger Mithilfe des bürgerlichen Parlaments allerdings zu einem wahren Pferdefuss für die Sicherheit unseres Landes entwickelt. Man kann es nicht oft genug wiederholen: Nach Abschaffung der Gewissensprüfung im Jahre 2009 besteht heute de facto die freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst. Dies kommt einer klaren Verletzung des Zivildienstgesetzes gleich.

Nicht nur die bürgerlichen Parteien sind schuld am gegenwärtigen Malaise rund um den Zivildienst. Auch die Armee und das VBS haben dem gesetzwidrigen Tun viel zu lange tatenlos zugeschaut ehe sie den Finger auf den wunden Punkt legten.

Nun ist die Armeespitze endlich aufgewacht und pocht zu Recht auf Anpassungen beim Zivildienst!

Allerdings reichen kosmetische Retuschen wie zum Beispiel eine Verlängerung der Dauer des Zivildienstes bei weitem nicht. Das Übel ist an der Wurzel zu packen: Wer in Zukunft Zivildienst leisten will, muss wieder eine strenge Gewissensprüfung durchlaufen, wie das vor 2009 der Fall war. Denn für nichts anderes ist das Gesetz von 1992 vorgesehen. Die bürgerliche Parlamentsmehrheit ist mit Nachdruck zu ermahnen, das gesetzeswidrige Verhalten im Bereich des Zivildienstes nicht länger zu akzeptieren.

Redaktion.

Pro Militia: Sezione della Svizzera italiana SSI

Fortificazioni da scoprire:
20 anni: inventario dei monumenti militari del Cantone Ticino

Ripercorsa da Maurice Lovisa e Silvio Keller la storia di bunker, rifugi e sbarramenti.

Bunker Lodrino

A Forti d'artiglieria, fortini corazzati, bunker e strutture sotto roccia durante le due guerre mondiali erano opere militari accessibili solo all'esercito.

Quando furono costruite, tra il 1848 e gli anni Sessanta del secolo scorso, pochi avrebbero potuto prevedere che un giorno sarebbero diventate un patrimonio storico da tutelare e un'attrazione turistica da far conoscere. Ci riferiamo alle 1500 – 2000 strutture militari presenti sul territorio cantonale. Si tratta di costruzioni mimetizzate e difficilmente localizzabili, riguardo alle quali il «Gruppo di lavoro per la protezione dei monumenti per le infrastrutture di combattimento e di condotta del DMF» (Gruppo di lavoro ADAB) ha avviato, nel 1993, un progetto finalizzato all'allestimento di un inventario destinato a mostrare le opere e gli sbarramenti di maggior interesse presenti sul nostro territorio.
Per presentare lo stato dei lavori e l'avanzamento del progetto si sono radunati in un incontro al Museo di Forte Mondascia, a Biasca, i responsabili del Gruppo di lavoro ADAB, con alla testa il coordinatore, l'architetto Silvio Keller. Durante l'incontro hanno preso la parola l'architetto EPFL Maurice Lovisa (esperto di fortificazioni), che ha descritto lo sviluppo del progetto ADAB negli ultimi 20 anni, e il rappresentante dell'ufficio Beni culturali Giulio Foletti.
Maurice Lovisa ha ripercorso la cronologia di questi 20 anni dando uno sguardo all'inventario, il quale permette di notare molto rapidamente un insieme di costruzioni poco omogenee dal punto di vista tipologico. L'area esaminata presenta, in effetti, una diversità di tipi costruttivi tra le più elevate della Svizzera. Quali sono i motivi di una tale diversità? In primo luogo il Ticino presenta una gamma di fortificazioni relative a tutto il periodo considerato nell'inventario (1885 – 1995), fatto probabilmente unico in Svizzera. In secondo luogo, l'estensione geografica del cantone comporta che si possano trovare tanto opere di frontiera quanto opere del ridotto.
Le condizioni orografiche generali favoriscono due tipi fondamentali di sbarramenti: le fortificazioni di fondo valle e le fortificazioni atte alla difesa di passi e colli in media e alta montagna. In terzo luogo, l'alto numero di unità e comandi che hanno progettato ed edificato fortificazioni nel cantone ha rafforzato questa diversità (3 Corpi d'armata, 2 Divisioni, Brigata di Frontiera 9 e Brigata montagna 11, truppe delle guarnigioni delle fortificazioni del San Gottardo con i rispettivi uffici tecnici e capi del genio, ufficio genio fronte sud, ufficiali ingegneri dell'dell'amministrazione delle opere del San Gottardo e Ufficio federale del genio e delle fortificazioni).
Gli elementi più significativi – continua Lovisa –, che sono anche i punti di massimo interesse, si identificano nelle due piazze d'armi munite di difese fortificate di Airolo e Monte Ceneri. Le prime fortificazioni (periodo 1885 – 1920) corrispondono anche alle costruzioni di massimo interesse sotto l'aspetto architettonico (utilizzazione del granito, ricerca ancora presente di una certa estetica funzionale, primo uso del cemento armato e delle corazze metalliche).
L'elemento senz'altro più notevole si trova sulla piazza d'armi di Airolo: il forte «Fondo del Bosco» o Forte Airolo, uno dei primi, se non il primo forte corazzato del suo tipo costruito in Europa, il cui valore già riconosciuto ha permesso la sua trasformazione parziale in museo.
L'inventario dovrebbe permettere di salvare le sue opere annesse (in particolare le opere di Motto Bartola e del costone di Fieudo), senza le quali risulterebbe di difficile lettura il dispositivo globale di difesa.
Rimarchevoli le tre batterie di fiancheggiamento (con i loro dispositivi di fanteria) di Magadino, Gordola e Spina (Monte Ceneri), costruite per difendere il Piano di Magadino.
Di un tipo unico in Svizzera, fatta un'eccezione per Saint-Maurice, presentano ognuna piccole variazione tipologiche. Per l'arco di tempo della seconda guerra mondiale, tra le molte costruzioni si possono ricordare l'opera d'artiglieria di San Carlo (San Gottardo), prototipo di un nuovo tipo di forte munito di torrette corazzate armate di cannone da 10,5 cm, ma anche una piccola opera di fanteria come Gandria, la cui soluzione adottata per sbarrare l'asse stradale presenta una grande originalità.
L'inventario si è limitato allo studio delle fortificazioni federali non ancora dismesse al momento dell'avvio del progetto (tutto il dispositivo del Mendrisiotto, già liquidato, è dunque assente).
Meritevole di interesse sarebbero anche le numerose opere di difesa campali eseguite tanto durante la prima guerra mondiale (linea Monti di Medeglia – Alpe del Tiglio – Cucchetto, per esempio) quanto durante il secondo conflitto mondiale (zona Menegorio – All'Acqua – Grandinagia, Val Bedretto, di cui non pochi resti sono ancora visibili nel territorio).
Inoltre, lo studio degli innumerevoli progetti non realizzati (forte di artiglieria a torrette nella zona del Monte Bar, esempio tra i molti per il periodo 1939 – 45) o l'analisi del divario tra i progetti e le realizzazioni (Passo del San Jorio, Passo del San Giacomo) permetterebbero di ricostruire in modo alquanto originale l'evoluzione dei mezzi finanziari della Confederazione e i suoi rapporti con le potenze confinanti.
L'incontro è stato promosso dall'associazione FORTi del Museo Forte Mondascia.
Occorre sperare che, grazie all'inventario, ma anche al progetto Interreg Forti, queste opere possano ricevere un'attenzione sempre maggiore da parte degli operatori turistici.

Giorgio Piona.

Biasca in tuta mimetica:
il 26 e 27 agosto 2017 torna il Mondascia Military Show

Anche quest'anno torna il Military Show e a Forte Mondascia si vivranno due giornate molto intense.

A Forte Mondascia, collezionisti e appassionati di veicoli militari storici nonché gruppi di militari provenienti da tutta la Svizzera, ma anche dall'estero, si incontrano per mettere in bella mostra gli esemplari più pregiati dei loro mezzi.

Per gli appassionati di storia militare, il weekend del 26 e 27 agosto sarà un weekend entusiasmante. Il Forte Mondascia ospiterà «Ricordare la storia», evento che si inserisce nel concetto del Military Show. Tra le altre cose, i visitatori potranno ammirare e fare un giro decisamente insolito a bordo dei sette 'panzer' di proprietà del Forte Mondascia: si tratta di mezzi di produzione americana e gli stessi modelli, utilizzati nelle operazioni in Vietnam e in Medio Oriente, sono

Military Show Biasca

attualmente ancora operativi in varie parti del mondo.

L'entrata alla manifestazione sarà gratuita e vi saranno parcheggi a disposizione nei presso del sottopasso ferroviario.
Un invito particolare è rivolto ai soci di Pro Militia e agli ex militari del Gruppo Fortezza 9 che hanno prestato servizio in questo settore.

Giorgio Piona.

Buchempfehlungen / Recommandations de livres

Roland Haudenschild

Kampfkraft – Militärische Organisation und Leistung der deutschen und amerikanischen Armee

Der Wert einer Armee als militärisches Instrument entspricht der Qualität und Quantität ihrer Ausrüstung, multipliziert mit ihrer Kampfkraft.

Die Kampfkraft lässt sich als die Summe der geistigen Qualitäten definieren, die Armeen zum Kämpfen bringen. Sie ist abhängig von diversen Faktoren, unter anderem von der Rolle des Nationalcharakters eines Volkes.

Untersucht wird generell die Kampfkraft des deutschen Heeres und der US-Army.
Im Umfeld von Militär und Gesellschaft ist der soziale Status des Militärs von Bedeutung, wie auch die Sozialstruktur des Heeres und die Möglichkeit der Armeen als Leiter für soziale Mobilität zu dienen. Ein Schlüssel zum Verständnis sind auch die Kriegslehre und das Kriegsbild.
Die Aufteilung von Autorität und Verantwortung auf den verschiedenen Ebenen spiegelt sich in den angewendeten Führungsprinzipien.

Im Weiteren muss die Heeresorganisation so gestaltet sein, dass im Gefecht die grösstmögliche Wirkung erzielt wird. Die Struktur der Stäbe und Kommandobehörden, die Gliederung der Divisionen und die Divisionsanteile spielen eine grosse Rolle.
Das Heerespersonalwesen betreffend, sind die Einteilung und Zuweisung des Personals, die Ausbildung und der Personalersatz massgebend.

Zur Erhaltung der Kampfkraft dient die Truppenindoktrination, der Truppenaustausch, die Psychiatrie und das Sanitätswesen. Ein wichtiges Gebiet ist die Belohnung und Bestrafung des Soldaten, das heisst die Besoldung, der Urlaub, die Auszeichnungen, die Militärgerichtsbarkeit und die Beschwerdemöglichkeit.
Den Unteroffizieren kommt eine besondere Bedeutung zu, sowohl bei ihrer Auswahl und Ausbildung wie auch bei ihren Dienstverhältnissen und ihrer Laufbahn.
Die Führung als Bestandteil der Kampfkraft entscheidet mehr als alle anderen den Ausgang des Krieges; einen entscheidenden Anteil daran hat das Offizierskorps. Untersucht wird das Image und die Position der Offiziere, aber auch ihre Auswahl, Ausbildung und Beförderung. Speziell dargestellt wird das Generalstabssystem. Aufschlussreich sind ferner die Anzahl und Verteilung der Offiziere im deutschen Heer und der US-Army, sowie ihre Verluste.

Martin van Creveld: Kampfkraft. Militärische Organisation und Leistung der deutschen und amerikanischen Armee 1939 – 1945

4. Auflage
ARES Verlag, Graz 2009.
ISBN 978-3-902475-17-6
Verkaufspreis EUR 19.90
(Gebundene Ausgabe)

Unter den Schlussfolgerungen werden drei Fragen gestellt:
1. Durch welche Merkmale, die die Kampfkraft fördern, unterscheidet sich die militärische Organisation von der zivilen?
2. Wie und bis zu welchem Grade kann die Kampfkraft unter dem Einfluss organisatorischer Veränderungen, die durch die moderne Technologie bewirkt werden, erhalten werden?
3. Welche Rolle fällt der Kampfkraft neben den anderen Faktoren zu, die den Krieg beherrschen?
Die Fragen werden versucht zu beantworten, indem Betrachtungen einerseits über das deutsche Heer und andererseits über die US-Army angestellt werden, aber auch über das Wesen der militärischen Organisation, die Auswirkungen der Technologie und letztlich über die Kampfkraft selbst.

Methodisch wird eine vergleichende Methode gewählt, weil sie es zulässt, dass die Fakten für sich sprechen. Die Untersuchung betrifft zwei verschiedene Armeen, das deutsche Heer und die US-Army, wobei die Unterschiede herausgearbeitet und dargestellt werden.
Der Vergleich der deutschen Wehrmacht (Heer) in Sachen Organisation, Training, Lehre, Taktik und Organisationskunst mit den Streitkräften der Alliierten zeigt, dass sie ihren Gegnern in dieser Hinsicht überlegen war. Auch Disziplin und Moral ihrer Soldaten werden als vorbildhaft bezeichnet. Keine Armee des 20. Jahrhunderts ähnelte hinsichtlich Strategie, Organisation und Doktrin mehr der Wehrmacht als die israelische.
Der in Israel lehrende Autor hat mit Kampfkraft ein Standardwerk der militärischen Literatur über den Zweiten Weltkrieg geschaffen.

Roland Haudenschild

L'Acte de Médiation – Socle d'une nouvelle Suisse

Cet ouvrage se propose de répondre aux questions que voici : l'Acte de Médiation est-il original dans le contexte séculaire des relations franco-suisses ?

Comment s'est déroulée la fameuse Consulta destinée à rétablir la paix entre les parties qui divisaient la Suisse, la menant ainsi à sa perte? Que contiennent les constitutions cantonales? Qu'en est-il des institutions communes liant les cantons souverains (Diète, landammanat, armée)? Qui gouvernait le pays? Quelles furent les grandes figures du régime d'alors?

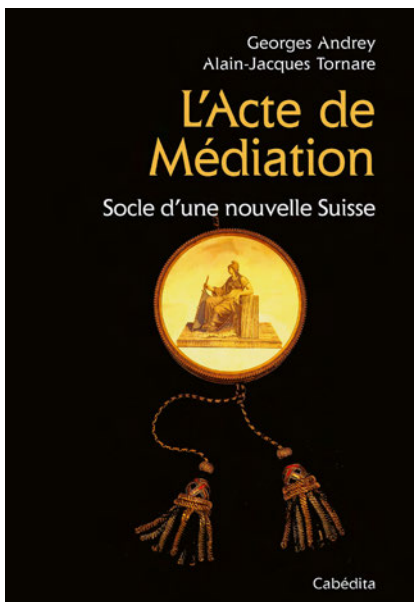
Ce livre rappelle aussi que, contrairement à une idée reçue, l'Acte de Médiation de 1803, instaurant une Suisse nouvelle, n'a jamais été imposé. Cette négociation, qui se révéla pour les Suisses la solution de la dernière chance pour une communauté en proie à des dissensions suicidaires, fut menée entre dix délégués suisses et quatre sénateurs français et dura trois mois. Elle fut sous le patronage très attentif de Bonaparte, Premier Consul et président de la République française, dont la médiation avait été sollicitée par les Suisses.

Georges Andrey / Alain-Jacques Tornare: L'Acte de Médiation – Socle d'une nouvelle Suisse

104 pages, 2017
Editions Cabédita, 1145 Bière
ISBN 978-2-88295-787-0
Prix CHF 25.–

Les auteurs en sont Georges Andrey, historien, enseignant émérite de l'Université de Fribourg, officier de l'Ordre des Palmes académiques, auteur de L'histoire de la Suisse pour les Nuls (Ed. First, Paris) et Alain-Jacques Tornare, docteur en Sorbonne, historien indépendant, enseignant émérite de l'Université de Fribourg, officier de l'Ordre des Palmes académiques, décoré de l'Ordre des Arts et Lettres et de l'Ordre du Mérite.

Rédaction



Wie sich die Schweiz rettete – Grundlagenbuch zur Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg

Das Werk bietet eine Gesamtschau der Kriegsepoche und soll als Kompendium dienen; es ist chronologisch in vier Teile gegliedert und behandelt einzelne Themen in 73 Kapiteln.

Wie im Vorwort erwähnt, werden hauptsächlich die militärischen Vorbereitungen, die Wirtschaft inklusive Anbauschlacht, die Wirtschaftsverhandlungen mit der Achse und den Alliierten sowie die Flüchtlingsproblematik geschildert.

Der erste Teil (September 1939 bis Juni 1940), die erste Kriegsphase, behandelt die Mobilmachung, den Aufmarsch und die Kampfmittel der Armee, untersucht die Verteidigungsbereitschaft und den Ausbau der Limmatlinie, als Stellung gegen die Bedrohung im Norden. In den Luftkämpfen über dem Jura siegen die Schweizer Piloten über die deutsche Luftwaffe. Der Nachrichtendienst kann bei der Informationsbeschaffung auf die Wiking-Linie zählen, die aus deutschen Führungskreisen präzise Nachrichten in die Schweiz liefert. Die Flüchtlingspolitik ist gezeichnet durch die Einführung des Juden-Stempels und den Fall Grüninger in der Ostschweiz. Die wirtschaftlichen Probleme der Landesversorgung nehmen zu und mangelnde Nahrungsmittel führen zur schrittweisen Einführung der Rationierung. Die Aussenwirtschaftspolitik wird für die exportorientierte Schweiz zum Problem; die ständige Verhandlungsdelegation des Bundesrates befindet sich zwischen den Interessen der Achse und den Alliierten auf einer ständigen Gratwanderung.

Im zweiten Teil (Sommer 1940 bis Herbst 1942), der Phase der deutschen Herrschaft in Europa, zeigt sich die prekäre Lage der Schweiz mit aller Deutlichkeit. Die Limmatstellung steht quer in der Landschaft, da die deutsche Bedrohung aus dem besetzten französischen Jura kommt. In deutschen Stäben werden verschiedene Angriffsplanungen erstellt, bekannt unter der Bezeichnung «Operation Tannenbaum». In den Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland spielt dieses seine Macht aus, da die Blockade der Alliierten den Export in den Westen zum Erliegen gebracht hat. Die Schweiz ist aber auf Kohle, Eisen und Stahl aus dem Norden angewiesen. Die Medien erweisen sich als couragierte Hüter der Freiheit; auf eine Zensur kann gleichwohl nicht verzichtet werden.

Die Ansicht setzt sich durch, dass die Armee weder im Jura noch im Mittelland lange Widerstand gegen einen Angreifer leisten kann. Nur im Zentralraum der Alpen, dem Reduit, hat sie eine Chance sich nachhaltig verteidigen zu können; deshalb erklärt General Guisan am Rütlirapport seinen Unterführern das Reduit. Die Neutralität, 1815 kodifiziert, wird während des ganzen Zweiten Weltkrieges hochgehalten.
Ab 1941 verschärft sich das deutsche Wirtschaftsdiktat, der schweizerische Aussenhandel wird kontrolliert und um ein Wirtschaftsabkommen wird gefeilscht. Deutsche Kohle ist nur noch gegen Clearing-Kredite erhältlich, die Kohlelieferungen können jederzeit abgestellt werden. 1942 befindet sich die Schweiz in einer verzweifelten Wirtschaftslage.

Joseph Mächler: Wie sich die Schweiz rettete. Grundlagenbuch zur Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg

1. Auflage
Pro Libertate, Zollikofen 2017.
ISBN 978-3-9523667-3-8
Verkaufspreis CHF 79.–

Spezialpreis für Leser von Pro Militia: CHF 49.–
(nur bei Direktbestellung bei Pro Libertate, www.prolibertate.ch)

Im dritten Teil (Herbst 1942 bis Ende 1943), der Phase der Kriegswende, bemüht sich die Schweiz Verhandlungen mit den Alliierten aufzunehmen, um die Abhängigkeit von Deutschland zu reduzieren. Als Trumpf kann die Schweiz die Alpentransversalen ausspielen, da die italienische Wirtschaft dringend auf die Lieferung von deutschen Rohstoffen angewiesen ist. Ein deutscher Angriff auf die Eisenbahnlinien von Gotthard und Lötschberg-Simplon hätte nichts gebracht, da diese Anlagen im Reduit vermint und bewacht sind. Die Lebensmittelversorgung verbessert sich und zeigt Erfolge, da die nach dem Plan Wahlen durchgeführte Anbauschlacht, die Viehwirtschaft zugunsten des Getreideanbaus reduziert.
Der Märzalarm 1943 hat seinen Ursprung in weiteren Angriffsplänen der Deutschen gegen die Schweiz; einmal mehr zeigt sich der Wert des

Ende des Artikels auf Seite 8

Ende des Artikels von Seite 7

Nachrichtendienstes und seiner geheimen Informationslinien, die letztlich Entwarnung geben können.

Als Folge der Kapitulation Italiens wird 1943 das Tessin von Flüchtlingen überrannt, was zu Schwierigkeiten in der Aufnahme und Beherbergung der Geflüchteten führt; prekär ist die Situation ausserdem in Genf.

Im vierten Teil (Endzeit des Krieges 1944/1945), der Schlussphase gelingt es der Schweiz den Aussenhandel mit den Alliierten auszudehnen; diese verlangen auch, dass der Handel mit Deutschland aufzuhören habe. Neben den Goldkäufen der Schweizerischen Nationalbank beschäftigten in der Folge vor allem die nachrichtenlosen Vermögen der Banken die Schweiz.

Die Armee kann 1944 das Reduit verlassen, da die Alliierten im Westen die Schweizer Grenze erreicht haben; sie nimmt eine Aufstellung im Mittelland und im Jura, später an der Rheingrenze ein.

Erwähnenswert sind die grossen humanitären Leistungen von Schweizern und schweizerischen Institutionen, auch nach Kriegsende, die helfen, das Los der Flüchtlinge zu lindern. Es ist das Verdienst des Autors die einseitig durch die Bergier-Kommission dargestellte Flüchtlingspolitik in rechtes Licht gerückt und Ungenaues oder sogar Falsches korrigiert zu haben.

Eine Zeittabelle erleichtert den Überblick von 1938 bis 1946; das Quellen- und Literaturverzeichnis und Sachwortverzeichnis vervollständigen das ausführliche und lesenswerte Werk.

Roland Haudenschild

Erhöhung der Verteidigungsausgaben unumgänglich

Von Thierry Burkart, Nationalrat, Baden

Derzeit setzt die Schweiz nicht einmal 0.8 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) für die Verteidigung ein und gehört damit zu denjenigen Ländern, die am wenigsten in die wichtigste Versicherung für die Bevölkerung und unseren Wohlstand investieren. Mittelfristig ist der derzeitige finanzielle Mitteleinsatz eindeutig ungenügend, um den sich neu abzeichnenden Bedrohungsoptionen glaubhaft begegnen zu können?

Das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) hält in seinem Yearbook 2016 fest, dass die Statistiken zu bewaffneten Konflikten auf eine Trendwende hindeuten: Nach zwei Jahrzehnten des relativen Friedens nach dem Ende des Kalten Kriegs zeichnen sich neue machtpolitische Konflikte ab. Die Schweiz muss willens und fähig sein, sich selber zu verteidigen.
Das ist zurzeit nicht der Fall. Denn unabhängig davon, was politisch alles in die Verteidigungsausgaben eingerechnet wird, ist unser Land mit Ausgaben von unter 0.8 Prozent des BIP für die Verteidigung ein Schlusslicht. Angesichts der Bedrohungsszenarien ist der derzeitige finanzielle Mitteleinsatz eindeutig ungenügend, um den sich neu abzeichnenden Verwerfungen glaubhaft begegnen zu können. Der Bundesrat ist daher angehalten, in einem Bericht oder einer Ergänzung zum Sicherheitspolitischen Bericht dem Parlament aufzuzeigen:

- welcher Trendwechsel sich im Gefolge der jüngsten politische Umwälzungen im Bereich der konventionellen Verteidigung abzeichnet respektive realisiert hat;
- welchen Länder-Benchmark er punkto Verteidigungsausgaben und Streitkräfteentwicklung führt und diesen begründen;
- was das NATO-Ziel von 2 Prozent des BIP für Verteidigungsausgaben für einen Einfluss auf die Benchmark-Staaten hat;
- welche Auswirkungen sich auf unsere Verteidigung mit zum BIP relativ sinkenden, relativ gleichbleibenden und relativ steigenden Verteidigungsausgaben ergeben;
- wie beim Szenario mit relativ steigenden Verteidigungsausgaben (Zielwert 2 Prozent des BIP) durch Reduktion von Aufgaben Einsparungen vorgenommen werden können, um die Schuldenbremse wirksam bleiben zu lassen.

Auch Staaten ausserhalb der NATO rüsten auf

Vor dem Hintergrund einer verschlechterten Sicherheitslage führt Schweden in diesem Sommer die Wehrpflicht wieder ein. Damit soll genug Personal für die Streitkräfte zur Verfügung stehen. Das Land hat Schwierigkeiten gehabt, die Kampfeinheiten auf freiwilliger Basis zu bemannen. Wie Finnland nimmt auch Schweden eine grössere Bedrohung durch Russland wahr. Schweden ist nicht Mitglied des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses, arbeitet aber eng mit der NATO zusammen.
Auch die Schweiz ist nicht Mitglied. Als neutrales Land ist von einem Bündnisbeitritt abzusehen. Wir sind demzufolge nicht verpflichtet, Zielsetzungen der NATO umzusetzen. Hingegen ist die Schweiz geographisch voll vom Raum, den die NATO-Mitglieder abdecken, umgeben. Die von den 28 Staats- und Regierungschefs der Allianz im September 2014 auf ihrem Gipfeltreffen in Wales festgelegte Verpflichtung, wonach ab 2024 jedes Mitgliedsland mindestens 2 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) für die Verteidigung einsetzen muss, kann deshalb auch nicht ohne Folge für unsere Sicherheit sein.

Die Vorgabe der NATO fusst auf einer aktualisierten Analyse über die sicherheitspolitische Lage in und um Europa. Neben der derzeit enormen Abhängigkeit von den US-amerikanischen Streitkräften haben insbesondere die veränderte Lage in Osteuropa sowie im Nahen Osten und die damit verbundenen Risiken für die europäischen Staaten zu diesem Entscheid geführt. Einerseits kann sich die Schweiz diesen Risiken nicht entziehen. Andererseits wird auch bei Kooperationen von Partnern der NATO ein entsprechender Beitrag erwartet.

Bundesrat steht in der Pflicht

Der Bundesrat soll daher in einem Bericht anhand von Bedrohungsszenarien aufzeigen, welche finanziellen Mittel er mittel- und langfristig für die Landesverteidigung einsetzen und ob bzw. in welchem Zeitraum die Schweiz das für die NATO-Mitgliedstaaten gültige Ziel, 2 Prozent des BIP für die Verteidigung aufzuwenden, erreichen will. Wenn er das nicht will, muss er aufzeigen, weshalb er der Auffassung ist, dass die Aufstockung des Verteidigungsetats und damit die Investition in unsere Sicherheit nicht nötig seien.

Thierry Burkart ist Nationalrat der FDP und wohnt in Baden/AG.

Was will Pro Militia?

Pro Militia ist eine Vereinigung ehemaliger und eingeteilter Angehöriger der Schweizer Armee sowie von Bürgerinnen und Bürgern, die im Sinne von Artikel 6 der Bundesverfassung zur «Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft» beitragen. Sie alle setzen sich ein für die Äussere und die Innere Sicherheit unseres Landes und daher für eine verfassungsmässige, bedrohungsgerechte, glaubwürdige und entsprechend finanzierte Milizarmee. Hauptzweck der Vereinigung ist die Herausgabe der gleichnamigen, dreisprachigen und unabhängigen Zeitung.

Werden Sie Mitglied von Pro Militia!
Devenez membre de Pro Militia!
Diventate soci di Pro Militia!

Anmeldetalon nur für Neumitglieder
Uniquement pour de nouvelles admissions
Da utilizzare solo dai nuovi soci

Name / *nom* / cognome

Vorname / *prénom* / nome

Geburtsdatum / *date de naissance* / data di nascita

Strasse Nr. / *rue n°* / via n°

PLZ, Wohnort / *NPA, domicile* / NPA, domicilio

Datum / *date* / data

Unterschrift / *signature* / firma

Bitte einsenden an/renvoyer s.v.p. à:
Pro Militia
Postfach/case postale 369; 3000 Bern 14
Konto/Conto Credit Suisse AG, 8070 Zürich
IBAN: CH 89 0483 5099 9136 2100 0

Jahresbeitrag Fr. 25.– / *Cotisation annuelle Fr. 25.–*

Dal Ticino e dal Grigioni italiano spedire p.f. a:
Pro Militia, Sezione della Svizzera Italiana
Alessandra Isotta, Via dei Sindacatori 5, 6900 Massagno
Conto postale 69-1062-5

Tassa sociale annua fr. 30.–.

Pro Militia

Impressum

27. Jahrgang/27e année/
27° anno

Erscheint vierteljährlich/
Paraît trimestriellement/
Trimestrale

Nummer/Numéro/Numero
2/2017, 22.05.2017

Abschlussdatum/Date de clôture/
Data di chiusura: 02.05.2017

Druckauflage/Tirage/Tiratura:
5 000

Nummer/Numéro/Numero
3/2017
Redaktionsschluss/
Délai de rédaction/
Termine di redazione:
17.08.2017

Erscheinungsdatum/
Date de parution/
Data di pubblicazione:
04.09.2017

ISSN 1662-5560

www.promilitia.ch

Herausgeber/Editeur/Editore

Pro Militia
Vereinigung ehemaliger und eingeteilter Angehöriger der Schweizer Armee/Association d'anciens militaires et de militaires incorporés de l'Armée suisse/Associazione di ex militari e di militari incorporati dell'Esercito svizzero

Präsident
Président / Presidente:
Hermann Graf

Presidente Sezione della Svizzera Italiana (SSI): Angelo Polli

Chefredaktor/Rédacteur en chef/Caporedattore:
Martin Fricker,
redaktion@promilitia.ch
martin.fricker@martinfricker.ch

Insertionsbedingungen:

Format	CHF
1/1 Seite	1500.–
½ Seite hoch/quer	800.–
¼ Seite hoch/quer	500.–
1/8 Seite hoch/quer	300.–

4-farbig oder schwarz/weiss

www.promilitia.ch

Bundeshausredaktor/
Correspondant parlementaire/
Corrispondente parlamentare:
Heinrich L. Wirz,
heinrich.l.wirz@bluewin.ch

Geschäftsstelle/Secrétariat/
Ufficio
Postfach/Case postale/Casella postale 369, 3000 Bern 14
sekretariat@promilitia.ch

Druck und Versand/
Impression et expédition/
Stampa e spedizione:
Stämpfli AG,
Postfach, 3001 Bern

Copyright © Pro Militia
Alle Rechte vorbehalten/
Tous droits réservés/
Tutti i diritti riservati

Einzelverkaufspreis: CHF 5.–
Bezugsquelle: Geschäftsstelle
Pro Militia

Mitglied der Vereinigung Europäische Militärfachpresse
Membre de l'association de la presse militaire européenne
Membro dell'associazione della stampa militare europea